

TAGESTHEMA: INFORMATIONSAUSTAUSCH

Nicht mehr eine reine Hypothese

Die Position der Schweiz beim automatischen Informationsaustausch erodiert. Der internationale Trend bewegt sich in diese Richtung, national wird laut über die bislang ausgeschlossene Möglichkeit nachgedacht. Eine Analyse.

Von Doris Kleck

Bern. – Die Geschichte entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Endlich ist der internationale Blick auf Steueroasen weltweit gerichtet. Der britische Premier David Cameron, der seine Kanalseln erfolgreich vor der Platzierung auf grauen oder schwarzen Listen der Steueroasen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schützte, gerät plötzlich in Erklärungsnot. Kein Wunder, freuen sich die Politiker hierzulande über Offshore-Leaks. Denn zu lange bekam man unter dem Sperrfeuer der USA und der EU den Eindruck, wer Schwarzgeld horte oder mit legalen Steuertricks seine Zahlungen an den Fiskus minimiere, ziehe es einzig und allein in die Schweiz.

Doch die Freude wird getrübt. Luxemburg signalisiert seit Längerem, dass es den automatischen Informationsaustausch nicht mehr strikte ablehnt. Und nun hat sich der Druck der EU auf Österreich massiv verstärkt. Bis anhin haben die beiden EU-Staaten mit dem Hinweis auf die Schweiz erfolgreich ihr Bankgeheimnis verteidigt und sich gegen den automatischen Informationsaustausch gewehrt. Die Schweiz tat dasselbe mit umgekehrten Vorzeichen. Dieses Doppelpassspiel liegt sich nun dem Ende zu.

Vor den USA nicht gefeit

Offshore-Leaks mag die öffentliche Diskussion um Steueroasen zwar neu lanciert haben, doch die eigentliche Ursache für diese Entwicklungen in der EU sind die USA. Mit dem Foreign Account Tax Compliance Act (Fatca) sorgt der US-Fiskus dafür, dass er auf alle von US-Steuerpflichtigen gehaltenen Konten Zugriff erhält. Sei es, indem die ausländischen Finanzämter die Bankdaten von US-Steuerpflichtigen direkt in die USA liefern, oder – wie im Falle der Schweiz – die Banken diese Rolle übernehmen. Vor den Amerikanern sind weder Österreich noch Luxemburg gefeit.

Doch was diese Länder den USA zugestehen, können sie den übrigen EU-Staaten nicht vorenthalten – und die Schweiz kann sich damit in ihrem Abwehrkampf gegen den Informationsaustausch nicht mehr hinter ihren letzten Verbündeten verstecken.

EU-Steuerkommissar Algirdas Semetas frohlockt deshalb. Zu denken geben müsste der EU aber, wie der



Wie lange noch geschlossen? Die Möglichkeit des automatischen Informationsaustauschs ist auch in der Schweiz kein Tabuthema mehr.

Bild Gaetan Bally/Keystone

Durchbruch zustande kam. Faktisch sind es die USA, die ihre Vorstellung des automatischen Informationsaustauschs in der EU implementieren. Ob das Frohlocken Semetas also anhält, wenn es um den Informationsaustausch auf OECD-Ebene geht, wird sich erst noch weisen. Denn dort sträuben sich die USA vehement gegen den automatischen Informationsaustausch, weil sie, wie Fatca zeigt, lieber Daten erhalten als solche zu liefern.

Abgeltungssteuer auf Prüfstand

Für die Schweiz ist die neue Konstellation dennoch ungemütlich. Zwar bleibt die EU den Beweis bis heute schuldig, dass der automatische Informationsaustausch effizienter ist als die von der Schweiz propagierte Quellensteuer. Jedoch: Der internationale Trend geht in Richtung automatischer Informationsaustausch. Das wissen natürlich auch die Akteure in der Schweiz. Fügt man verschiedene Puzzleteile zusammen, ergibt sich ein relativ klares Bild der Situation. So hält der Bundesrat offiziell an der Abgeltungssteuer fest. Doch wer den Bericht zum Finanzplatz vom letzten Dezember genau liest, stellt fest, dass der Bun-

desrat den automatischen Informationsaustausch nicht mehr kategorisch ausschliesst, sondern nur noch auf dessen Nachteile aufmerksam macht. Kurz nach dessen Publikation dachte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf erstmals laut über den automatischen Informationsaustausch nach. Und ihre Partei, die BDP, stellte kürzlich in einer Interpellation die Eignung der Abgeltungssteuer als Zukunftsmodell infrage.

Gleichzeitig taxieren verschiedene Bankenchefs den automatischen Informationsaustausch nicht mehr als

schlimm. Die Vereinigung der Privatbankiers sorgt sich ebenfalls nicht mehr um den Informationsaustausch, sondern um den Marktzutritt im EU-Raum. Und die bürgerlichen Politiker haben ihren Abwehrkampf gegen den Informationsaustausch längst aufs Inland verlegt. Die Volksinitiative zum Schutz des Bankgeheimnisses soll letztlich verhindern, dass Schweizer Steuerämter die gleichen Rechte erhalten wie man sie ausländischen Behörden wohl irgendwann zugestehen wird.

Mit all diesen Positionsbezügen wird der Nährboden geschaffen für

die Ergebnisse der Expertengruppe um Wirtschaftsprofessor Aymo Brunetti. Noch vor den Sommerferien soll die Gruppe Strategien für den Finanzplatz aufzeigen. Wetten, dass dann die Diskussion über den automatischen Informationsaustausch in der Schweiz richtig beginnen wird?

Den Blick nach vorne richten

Eine nüchterne Diskussion darüber wäre wünschenswert. Denn was darunter zu verstehen ist, welche Informationen ausgetauscht werden sollen, darüber wurde noch nie geredet. Vielleicht würde es dabei helfen, den Blick nach vorne zu richten und die Relationen zu wahren.

Das Schlagwort der Stunde heisst nämlich nicht Steuerhinterziehung, sondern Steuervermeidung. Also dass allen voran internationale Konzerne ihre Gewinne dorthin verschieben, wo die Steuern am tiefsten sind. Und dies ist oftmals die Schweiz. Diese Diskussion wird in Bälde mit voller Wucht über die Nation hereinbrechen. Und es ist eine Debatte, welche für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts weit essenzieller ist als die Frage nach dem automatischen Informationsaustausch.

Pilotprojekt nach Fatca-Modell

Von Marianne Truttmann

Brüssel. – Fünf EU-Staaten planen ein Pilotprojekt für einen gegenseitigen automatischen Informationsaustausch nach dem Fatca-Modell. Die Finanzminister von Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Grossbritannien teilten ihr Zusammenspannen gestern in einem Brief an EU-Steuerkommissar Algirdas Semetas mit. Als Basis für den Informationsaustausch dient den Finanzministern dieser Staaten ihre bereits mit den USA getroffene Mus-

tervereinbarung. Dieses Pilotprojekt werde nicht nur helfen, Steuerflüchtlinge zu fangen und abzuschrecken, sondern werde ein Modell für ein breiteres multilaterales Abkommen bilden, hoffen die Minister. Sie laden andere EU-Staaten ein, sich zu beteiligen. Der Schritt der fünf Staaten ist folgerichtig, da sie aufgrund der EU-internen Amtshilferichtlinie, die Anfang Jahr in Kraft getreten ist, faktisch gezwungen sind, anderen EU-Staaten die gleichen Informationen zu liefern, die sie auch den USA liefern.

Sie verreisen?



Ihre Ferienadresse

Name	
Vorname	
Genaue Ferienadresse	
Strasse oder Hotel	
PLZ/Ort	
Kanton oder Land	
Von/bis	
☐ Umleitung	☐ Zusatzabo (zutreffendes bitte ankreuzen)
Heimadresse	
PLZ/Ort	

Meldezeit bitte eine Woche vor Abreise einreichen:
«Liechtensteiner Vaterland»,
Abo-Service, Postfach 884,
9490 Vaduz, oder:
abo@vaterland.li

Umleitung innerhalb FL = gratis
Umleitung nach CH (pauschal) = CHF 10.–
Umleitung ins Ausland pro Woche = CHF 10.–
Zusatzabo pro Woche FL + CH = CHF 10.–
Ausland = CHF 20.–

*Für verschiedene Länder (z.B. Spanien, Italien, Kroatien etc.) bei denen die Nachsendung schlecht funktioniert, übernehmen wir keine Garantie.



Wir wollen es genau wissen